

K-6

Titel Für eine echte Jugendbeteiligung im Saarland

AntragstellerInnen Landesvorstand

Zur Weiterleitung an SPD Landesparteitag

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Für eine echte Jugendbeteiligung im Saarland

- 1 Analyse:
- 2 Alle politischen Entscheidungen sind Weichenstellungen für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen: Daher
- 3 müssen sie diese mitgestalten dürfen. Die Beteiligung an politischen Prozessen schafft schon im Kindesalter
- 4 die Voraussetzung dafür, Verantwortung für sich und seine Mitmenschen zu übernehmen und gesellschaftli-
- 5 ches Engagement zu fördern. Um junge Menschen in Entscheidungsprozesse einzubeziehen und somit ihre
- 6 Ideen und Wünsche zu berücksichtigen, muss man ihnen eine Beteiligungsplattform bieten und ihnen eine
- 7 Stimme geben.
- 8 Keine Bevölkerungsgruppe kann die Interessen der Kinder und Jugendlichen so glaubhaft widerspiegeln wie
- 9 sie selbst.
- 10 Bewegungen wie Fridays for Future bringen Woche für Woche tausende Jugendliche auf die Straße. Unter
- 11 Hashtags wie #saveourinternet wird auf Online-Plattformen diskutiert und Demonstrationen organisiert. Der
- 12 Mythos, dass Jugendliche im Saarland politikverdrossen seien, ist längst widerlegt.
- 13 Doch gerade in Zeiten, in denen rechte Gesinnungen sich wieder in unsere Gesellschaft einschleichen und
- 14 Populist*innen versuchen, mit einfachen Lösungen auf komplexe Fragen auf Stimmenfang zu gehen, müssen
- 15 wir die Legitimation von politischen Entscheidungen stärken und besonders junge Menschen besser in den
- 16 Prozess der politischen Willensbildung einbinden.
- 17 Junge Interessenvertretungen, wie der Landesjugendring Saar, haben längst auf das Bedürfnis der jungen
- 18 Menschen reagiert und sich somit der Forderung nach dem Wahlalter ab 16 Jahren angeschlossen.
- 19 Auffällig ist jedoch, dass die jugendliche Bereitschaft zum Engagement oft einen Bogen um die klassischen
- 20 Institutionen parlamentarischer Demokratie macht und sich lieber den anderen Möglichkeiten in einer „viel-
- 21 fältigen Demokratie“ bedient.
- 22 1. Verpflichtung zur Jugendbeteiligung
- 23 Alle Kinder und Jugendliche haben das Recht, gehört zu werden.
- 24 Die auch von der Bundesrepublik – inzwischen ohne Vorbehalt – ratifizierte Kinderrechtskonvention der Ver-
- 25 einten Nationen von 1989 garantiert allen jungen Menschen unter 18 Jahren das Recht, in allen sie betreffen-
- 26 den Belangen gehört und berücksichtigt zu werden (Art. 12).
- 27 Beteiligungsverfahren sollten daher eine große Zahl von jungen Menschen ansprechen und die wachsende
- 28 Vielfalt jugendlicher Lebenswelten abbilden. Dabei gilt es, strukturelle Beteiligungsbarrieren – z.B. nach Bil-
- 29 dung, sozialer Herkunft, Geschlecht, Migrationshintergrund, verfügbarer Zeit, körperlichen Einschränkungen,
- 30 Sozialräumen – soweit wie möglich abzubauen.
- 31 Die Jusos an der Saar fordern die Landesregierung auf, ein Konzept für ein saarländischen Jugendlandtag zu
- 32 erarbeiten und diesen schnellstmöglich als Beteiligungsplattform junger Menschen zu etablieren.

- 33 Bei der Planung des Jugendlandtages sollen die Belange und Wünsche des Landesjugendrings gehört und
34 beachtet werden.
- 35 Um der stetigen Jugendbeteiligung auch in den Kommunen Rechnung zu tragen, fordern wir die Bildung von
36 Jugendbeiräten auf kommunaler Ebene, um sicherzustellen, dass dem Gedanken des § 49 a Abs. 1 KSVG Rech-
37 nung getragen wird.
- 38 Hier soll sich am Beispiel der Jugendbeiräte in Neunkirchen und Püttlingen orientiert werden.
- 39 Außerdem fordern wir die Große Koalition erneut auf, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken. Was in 11 von 16
40 Bundesländern möglich ist, muss auch im Saarland möglich sein.